



Amtsblatt

Nr. 13/10. Mai 2010

B 1207 B

Inhalt	Seite
Grundsteuer u. Gewerbesteuervorauszahlungen f. d. Fälligkeit am 15. Mai 2010	121
<hr/>	
Nichtamtlicher Teil	
Buchbesprechungen	122

Grundsteuer und Gewerbesteuervorauszahlungen für die Fälligkeit am 15. Mai 2010

Die Stadtkämmerei erinnert alle Steuerpflichtigen daran, dass die für das **II. Quartal 2010** fällig werdenden Grundsteuern und Gewerbesteuervorauszahlungen bis spätestens

15. Mai 2010

an das Kassen- und Steueramt zu entrichten sind.

Durch die rechtzeitige Begleichung der Schuldigkeiten werden Säumniszuschläge, Mahngebühren und Kosten für weitere Maßnahmen vermieden.

Diese Erinnerung ist nicht zu beachten, wenn das Kassen- und Steueramt bereits zur Abbuchung ermächtigt ist oder eine entsprechende Ermächtigung rechtzeitig beim Kassen- und Steueramt eingeht.

Bei eigenen Einzahlungen bzw. Überweisungen bitten wir unbedingt die - im letzten Bescheid angeführte - **dreizehnstellige** Kassenkonto-Nummer anzugeben.

Die Stadt München bedankt sich bereits an dieser Stelle für eine pünktliche Zahlung, die hilft, die vielfältigen Aufgaben zum Wohl der Münchner Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin erfüllen zu können.

Abschließend noch ein Hinweis:
Die Teilnahme am Abbuchungsverfahren erspart den Zahlungspflichtigen die lästige Terminüberwachung und dem Kassen- und Steueramt zusätzlichen Aufwand.

Konten des Kassen- und Steueramtes bei Geldinstituten in München

Postbank München	Kto.-Nr. 919803	BLZ 700 100 80
Stadtsparkasse München	Kto.-Nr. 203000	BLZ 701 500 00
HypoVereinsbank München	Kto.-Nr. 81300	BLZ 700 202 70

Für Überweisungen aus dem Ausland:

Postbank München	IBAN: DE78 7001 0080 0000 9198 03	BIC: PBNKDEFF
Stadtsparkasse München	IBAN: DE86 7015 0000 0000 2030 00	BIC: SSKMDEMM
HypoVereinsbank München	IBAN: DE34 7002 0270 0000 0813 00	BIC: HYVEDEMMXXX

München, 29. April 2010

Stadtkämmerei
Kassen- und Steueramt

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen

Schiwy, Peter und Bernd Becker: Chemikaliengesetz. Kommentar und Sammlung deutscher und internationaler Vorschriften. - 231. Erg.-Liefg. - Stand: 1. Feb. 2010. - Unterschleißheim: R.S. Schulz Verlag, 2010. - Loseblattausz. in 7 Ordnern. ISBN 978-3-7962-0381-7; Grundwerk € 185.-

Die Produktionspalette der chemischen Industrie reicht von Vorprodukten für die Herstellung in anderen Industriebereichen bis hin zu Endprodukten in Umwelt, Gesundheit und Ernährung. Das Chemikaliengesetz regelt die entsprechenden Melde-, Prüf- und Kennzeichnungspflichten. Neben diesen Vorschriften ist das Chemikalienrecht durch vielfältige Bundes- und Landesgesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und technische Regeln geprägt. Nicht zuletzt spielen auch die europarechtlichen Regelungen eine erhebliche Rolle, denen drei eigene Ordner vorbehalten sind.

Während der Schwerpunkt der 230. Lieferung auf den umfangreichen Änderungen des Arzneimittelgesetzes vom 28. September 2009 lag, steht im Mittelpunkt der 231. Lieferung eine Aktualisierung des europäischen Rechts. Den Lieferungen zum europäischen Recht ist eine eigne Zählung vorbehalten. Mit der 155. Ergänzungslieferung Europäisches Recht werden die Änderungen der Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln berücksichtigt. Die neue Verordnung dazu „Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 ... und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates“ vom 21.10.2009 wird neu aufgenommen. Zugleich wird die Aufhebung der alten Richtlinien jeweils dort vermerkt. Auf die Änderung der neuen GHS-Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 wird hingewiesen. Die umfangreichen Anhänge werden zu einem späteren Zeitpunkt erst vollständig abgedruckt vorliegen. Der Anhang der bisherigen Richtlinie (1967/548/EWG) bleibt noch einige Zeit in Kraft und findet entsprechend Anwendung.

Herrler, Sebastian und Susanne Schneider: Von der Limited zur GmbH: Verschmelzung der Limited mit deutscher Zweigniederlassung auf eine GmbH. Recht und Steuern; mit Mustern. - München: Beck, 2010. XIII, 119 S. ISBN 978-3-406-59684-1; € 32.-

Die englische „Limited“ wurde wegen mancher Vorteile wie kein Mindestkapital oder geringer Gründungsaufwand auch von deutschen Unternehmen als Rechtsform gewählt. Mit der Reform des GmbH-Rechts durch das MoMiG hat die englische Limited gegenüber deutschen Gesellschaftsformen an Attraktivität verloren.

Seit die EU-Verschmelzungsrichtlinie im deutschen und im englischen Recht umgesetzt ist, besteht die Möglichkeit, eine Limited im Wege der Verschmelzung auf eine deutsche GmbH zu überführen.

Der Leitfaden erläutert die gesellschafts-, register- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen der grenzüberschreitenden Verschmelzung. Der Formulareteil enthält in deutscher und englischer Sprache die für die verschiedenen Schritte der Verschmelzung erforderlichen Gestaltungsmuster und Vordrucke. Ein Textanhang erschließt im Auszug die maßgeblichen Vorschriften des englischen Rechts.

Weber, Tobias und Valentin Köppert: Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern. - Heidelberg: C.F. Müller, 2010. XIII, 153 S. (JURIQ-Erfolgstraining) ISBN 978-3-8114-7047-7; € 16,95.

Der Band enthält klausurrelevante Fragen aus dem Polizei- und Sicherheitsrecht in Bayern. Die notwendigen Bezüge zu den Grundrechten nach dem Grundgesetz und der bayerischen Verfassung werden ebenso mitbehandelt wie die speziellen bayerischen Rechtsbehelfe gegen Verordnungen als Rechtsvorschriften des bayerischen Landesrechts.

Die neue Skripten-Reihe „JURIQ-Erfolgstraining“ ist auf die Bedürfnisse der Studierenden zugeschnitten und unterstützt bei der Prüfungsvorbereitung. Die Lerninhalte sind klausurorientiert aufbereitet. Begleitende Hinweise von Repetitoren erleichtern das Verständnis. Zusätzlich bieten die Bände Klausurtipps. In den Text sind jeweils Wiederholungs- und Übungselemente integriert.

Kiygi, Osman Nazim: Wörterbuch Recht. Türkisch-Deutsch. Deutsch-Türkisch. Hukuk Sözlüğü. Türkçe-Almanca ... - München: Beck, 2009. X, 291 S. ISBN 978-3-406-56673-8; € 68.-

Am 1. Januar 2002 trat das neue türkische Zivilgesetzbuch Nr. 4721 in Kraft, das sprachlich wie inhaltlich neu gestaltet wurde, ebenso wurde das Strafrecht novelliert. Reformen des türkischen Obligationenrechts und des Handelsrechts sind auf den Weg gebracht.

Die Begriffe und Wendungen im Wörterbuch decken die für die wichtigen Fachgebiete Handels-, Wirtschafts-, Familien- und Strafrecht ab. Im deutsch-türkischen Teil sind alte türkische Begriffe nur dann angegeben, wenn sie in Gebrauch sind. Im türkisch-deutschen Teil wird bei den alten Begriffen auf die neuen verwiesen.

Beyerlein, Thorsten und Günter Borchert: Verbraucherinformationsgesetz. VIG. Kommentar. - München: Beck, 2010. XVII, 222 S. ISBN 978-3-406-58502-9; € 58.-

Das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) umfasst sechs Paragraphen. Im Vorfeld der gesetzgeberischen Tätigkeit zum VIG wurde heftig über die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes und über die inhaltliche Reichweite der einzelnen gesetzlichen Regelungen gestritten. Im Wesentlichen trafen dabei die gegensätzlichen Interessen von Verbrauchern/ Verbraucherverbänden, der Unternehmen und der Verwaltung aufeinander. Im Hinblick auf ihre Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse versuchten Unternehmen einen Informationszugang Dritter möglichst zu begrenzen. Bedenken der Verwaltung zielten vor allem auf die praktische Handhabbarkeit und die Arbeitsbelastung ab. Andererseits sind die Behörden jetzt berechtigt, über bestimmte Sachverhalte die Öffentlichkeit zu informieren, insbesondere können Warnungen und Produktrückrufe herausgegeben und Hersteller benannt werden.

Der neue Kommentar aus der gelben Reihe des Beck-Verlages erläutert die Möglichkeiten und Grenzen des Informationsanspruchs. Die Autoren beantworten Fragen zur Durchsetzung und Abwehr von Ansprüchen auf Verbraucherinformationen und werten die maßgebliche Rechtsprechung aus.

Richter, Achim und Annett Gamisch: Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst. Entgelt, Eingruppierung, Gesundheit, Überleitung. - Regensburg: Walhalla, 2010. 208 S. ISBN 978-3-8029-1563-5; € 16,50.

Nach einem Arbeitskampf haben sich die kommunalen Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite auf Neuregelungen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst geeinigt.

Der Band erläutert:

- das neue Eingruppierungsrecht der S-Entgeltgruppen
- die Überleitung in die neue Entgelttabelle
- die Umsetzung des neuen Gesundheitsschutzes
- die Handlungsfelder für Arbeitgeber sowie Betriebs- und Personalräte.

Die einschlägigen Tarifvertragstexte runden das Werk ab.

Schmidt, Christian R. und Stefan Zagel: OHG, KG und PublikumsG. Umfassende Erläuterungen, Beispiele und Musterformulare für die Rechtspraxis. - 2. Aufl. - Freiburg i. Br.: Haufe, 2010. 1144 S. 1 CD-ROM (Haufe Recht Handbuch) ISBN 978-3-448-08443-6; € 89.-

Das Handbuch bietet eine ausführliche Darstellung der Gesellschaftsformen OHG und KG mit den Besonderheiten bei den Publikumsgesellschaften. Von der Gründung über Änderungen im Gesellschafterbestand bis zur Umwandlung und Auflösung werden diese Personenhandelsgesellschaften sowohl unter gesellschaftsrechtlichen wie steuerrechtlichen Aspekten beschrieben.

Die Neuauflage berücksichtigt die aktuelle Entwicklung der Rechtsprechung, insbesondere zu den Publikumsgesellschaften und die wesentlichen Änderungen der Umstrukturierung aufgrund des Gesetzes über die steuerlichen Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG). Das neue Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht einschließlich der Änderung der Bewertungsvorschriften nach der Erbschaftsteuerreform sowie die wichtigsten Veränderungen durch die Unternehmensteuerreform 2008 mit den Auswirkungen auf die Rechtsformwahl sind eingearbeitet. Zudem sind die Grundzüge des BilMoG behandelt.

Beispiele und Hinweise sowie über 30 Muster im letzten Kapitel unterstützen die Praktiker. Die Muster findet der Leser zusätzlich auf der beigefügten CD-ROM zur Übernahme in die eigene Textverarbeitung. Die CD-ROM bietet darüber hinaus noch Arbeitshilfen zum Steuerrecht wie BMF-Schreiben, OFD-Anweisungen, eine umfangreiche Entscheidungssammlung zur Thematik und die im Handbuch zitierten Gesetze im Volltext.

Geldwäschegesetz. GwG. Kommentar. Hrsg. v. Felix Herzog. - München: Beck, 2010. XXX, 737 S. ISBN 978-3-406-58130-4; € 108.-

Der neue Kommentar aus der gelben Reihe des Beck-Verlages erläutert das neu gefasste Geldwäschegesetz.

In einer ausführlichen Einleitung beschreibt der Herausgeber das komplexe Rechtsgebiet der Geldwäsche und Geldwäschebekämpfung.

Die anschließende Kommentierung folgt dem Gesetzestext, dabei werden jeweils ausführlich die Änderungen durch die Umsetzung der 3. EU-Geldwäscherichtlinie erläutert; u.a.

- eine Klarstellung des Aufgabenbereiches der Zentralstelle für Verdachtsanzeigen beim Bundeskriminalamt
- eine Ausdehnung der Anzeigepflicht in Terrorismusfinanzie-

rungsfällen auf alle dem Geldwäschegesetz unterliegenden Unternehmen und Personen.

Zudem werden die einschlägigen Bestimmungen mit den Änderungen aus dem Kreditwesengesetz (KWG) und der § 261 StGB - Geldwäsche praxisorientiert kommentiert.

In dem Band wird zudem das Artikelgesetz „Zahlungsdienstaufsichtsgesetz“ behandelt, dessen Änderungen zum 31.10.2009 in Kraft traten.

Köhler, Helmut und Joachim Bornkamm: Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Preisangabenverordnung, Unterlassungsklagengesetz. Begründet von Adolf Baumbach. Fortgef. von Wolfgang Hefermehl. - 28., neu bearb. Aufl. - München: Beck, 2010. XXIV, 1956 S. (Beck'sche Kurz-Kommentare; 13a) ISBN 978-3-406-59553-0; € 144.-

Das Standardwerk zum Wettbewerbsrecht zeichnet sich durch eine übersichtliche Gliederung des Stoffes aus. Die leitenden Prinzipien werden gut herausgearbeitet.

Die Neuauflage steht im Zeichen der fortschreitenden Konkretisierung des Lauterkeitsrechts anhand der Vorgaben der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und der UWG-Novelle 2008. Eingearbeitet wurde das Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und das Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie. Vollständig überarbeitet wurden die Ausführungen u.a. zum Mitbewerberbegriff, zur Kinderwerbung, zur Ausnutzung der Unerfahrenheit, zum Schutz vor Verwechslungen, zur Irreführung durch Unterlassen, zur vergleichenden Werbung, zur Telefonwerbung sowie zur Preisangabenverordnung (PAngV).

Im Anhang sind einschlägige deutsche, europäische und internationale Gesetzestexte abgedruckt. Abgerundet wird das Werk mit einem Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des EuGH, einem Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des BGH und einem Fälleverzeichnis.

Straßenverkehrsrecht. Mit StVO und StVG, den wichtigsten Vorschriften der StVZO ... Erläutert von Michael Burmann, Rainer Heß, Jürgen Jahnke und Helmut Janker. - 21., neu bearb. u. erweiterte Aufl. - München: Beck, 2010. XXVII, 1274 S. ISBN 978-3-406-59421-2; € 76.-

Der Kommentar aus der gelben Reihe des Beck-Verlages stellt knapp und übersichtlich die zentralen Bereiche des Straßenverkehrsrechts dar. Zudem werden auch die schadensersatzrechtlichen Normen des StVG und die entsprechenden BGB-Vorschriften erläutert. Erstmals erläutert der Band auch das Versicherungsvertragsrecht. Alle straßenverkehrsrechtlichen Novellierungen sind in das Werk eingearbeitet, u.a.:

- die 46. StraßenverkehrsR-ÄnderungsVO, durch die eine größere Zahl von Verkehrszeichen aufgehoben und die StVO neu strukturiert wurde
 - die 45. StraßenverkehrsR-ÄnderungsVO
 - die Änderungen des Bußgeldkatalogs
 - insgesamt zehn Novellierungen des Straßenverkehrsgesetzes.
- Die neue Rechtsprechung und Literatur wurde bis Sommer 2009 eingearbeitet.

Geimer, Reinhold und Rolf A. Schütze: Europäisches Zivilverfahrensrecht. Kommentar zur EuGVVO, EuEheVO, EuZustellungsVO, EuInsVO, EuVTVO, zum Lugano-Übereinkommen und zum nationalen Kompetenz- und Anerkennungsrecht. - 3. Aufl. - München: Beck, 2010. XLIV, 1973 S. ISBN 978-3-406-58353-7; € 198.-

Der Kommentar stellt das gesamte europäische und internationale Zivilverfahrensrecht systematisch dar. Der Band ist an den Bedürfnissen des europaweit tätigen Praktikers ausgerichtet ohne die wissenschaftliche Aufbereitung zu vernachlässigen.

Der Schwerpunkt des ersten Teils liegt auf der Kommentierung des Brüssel I und II-Systems. Das neue Lugano-Übereinkommen (LugÜ II) übernimmt mit wenigen Modifikationen das durch die Verordnung (EG) Nr. 44/2001 neu gestaltete Brüssel I-Modell für den gesamten Europäischen Wirtschaftsraum.

Die Neuauflage berücksichtigt zahlreiche neue Verordnungen, u.a.: Verordnungen zur Einführung

- eines Europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen
- eines europäischen Mahnverfahrens
- eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen;
- sowie die EG Unterhalts-Verordnung.

Im zweiten Teil des Bandes werden im Zusammenhang mit dem deutschen internationalen Anerkennungsrecht die Anerkennungssysteme fast aller Staaten auf aktuellem Stand dargestellt.

Handbuch des Unterhaltsrechts. Begründet von Wolfgang Köhler. Fortgef. von Horst Luthin. Hrsg. von Elisabeth Koch. - 11. Aufl. - München: Vahlen, 2010. XLVIII, 656 S. ISBN 978-3-8006-3512-2; € 98.-

Das Handbuch bietet eine ausführliche Übersicht über das Unterhaltsrecht. Im Mittelpunkt steht die Ermittlung des Unterhaltsanspruches. Neben den Normen des BGB werden auch die Verflechtungen zum Recht der öffentlichen Hand eingehend dargestellt. Umfassend wird auch das geänderte Verfahrens-

recht behandelt. Ein neues Kapitel widmet sich dem Unterhalt zwischen nicht verheirateten Paaren. Die Verzahnung zum Steuerrecht wird in einem eigenen Kapitel aufgezeigt. Die Neuauflage berücksichtigt die Reform des Unterhaltsrechts sowie die FGG-Reform. Außerdem sind die aktuellen Reformgesetze zum Zugewinn- und Versorgungsausgleich eingearbeitet. Entscheidungen zum neuen Unterhaltsrecht sind bereits ausgewertet.

Im Anhang sind die Düsseldorfer Tabelle, Berliner Tabelle, die Bremer Tabelle zum Altersvorsorgeunterhalt mit jeweiligem Stand wiedergegeben.

Hartmann, Peter: Kostengesetze. Gerichtskostengesetz, Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen, Kostenordnung und Kostenvorschriften des Arbeitsgerichts-, Sozialgerichts- und Landwirtschaftsverfahrensgesetzes... - 40., völlig Neubearb. Aufl. - München: Beck, 2010. XXVII, 2191 S. (Beck'sche Kurz-Kommentare; 2) ISBN 978-3-406-60135-4; € 118.-

Der Standardkommentar informiert über das gesamte Gerichts- und Anwaltskostenrecht. Die Kommentierung der Neuauflage wurde komplett überprüft und aktualisiert, u.a. sind folgende Änderungen berücksichtigt:

- Gesetz zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs usw. und kostenrechtlicher Vorschriften
- die zum 1.9.2009 bundeseinheitlich beschlossene Änderung und teilweise Neufassung der Kostenverfügung
- Gesetz zur Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen und notariellen Berufsrecht, zur Errichtung einer Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften
- Gesetz zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts
- Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs.

Die Neuauflage berücksichtigt Rechtsprechung und Literatur bis Januar 2010.